



Zentrum für
EUropäische Friedens- und
Sicherheitsstudien

Hendrik Hegemann

***Eine alte Idee in neuen Zeiten: Spielarten liberaler
Friedensstrategien und die Bruchstellen der Globalisierung***

Working Paper 9 | September 2015

Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (ISFH)
Beim Schlump 83, 20144 Hamburg
Tel: +49 40 866 077-0 - Fax: +49 40 866 36 15

Über Zeus

Das Zentrum für Europäische Friedens- und Sicherheitsstudien (ZEUS) befasst sich, ausgehend vom mittelfristigen Arbeitsprogramm des IFSH (<http://ifsh.de/forschung/mittelfristiges-arbeitsprogramm/>), mit der Umsetzung, Wirkung und Angemessenheit von traditionellen und gegenwärtigen Friedensstrategien. Im Mittelpunkt steht die Frage, ob die Strategien, Konzepte und Mittel, die die EU, ihre Mitgliedstaaten und Partner (Drittstaaten, internationale Organisationen, Regionalorganisation, Nichtregierungsorganisationen und andere gesellschaftliche Akteure) angesichts der durch die Globalisierung veränderten Bedingungen in ihren Außenbeziehungen einsetzen, aus einer friedenswissenschaftlichen und friedenspolitischen Perspektive angemessen sind.

Kontakt: Hans-Georg Ehrhart, ehrhart@ifsh.de

Über den Autor

Dr. Hendrik Hegemann ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Fachgebiets Internationale Beziehungen & Friedens- und Konfliktforschung am Fachbereich Kultur- und Sozialwissenschaften der Universität Osnabrück. Zuvor war er als wissenschaftlicher Mitarbeiter und Doktorand am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) tätig. Hendrik Hegemann studierte Wissenschaftliche Politik, Neuere und Neueste Geschichte und Öffentliches Recht an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg und der University of Washington. 2014 schloss er seine Promotion am Fachbereich Sozialwissenschaften der Universität Hamburg mit einer Dissertation zur Rolle internationaler Bürokratien in der globalen und regionalen Antiterror-Kooperation ab. Seine Arbeitsschwerpunkte in Forschung und Lehre umfassen transnationale Sicherheitsrisiken (insbesondere Terrorismus), Security Governance, internationale Organisationen, Theorien der internationalen Beziehungen und Critical Security Studies.

ZEUS WORKING PAPERS

Hendrik Hegemann: Eine alte Idee in neuen Zeiten: Spielarten liberaler Friedensstrategie und die Bruchstellen der Globalisierung

Working Paper 9/September 2015

Reem Ahmed & Daniela Pisiu: Foreign fighters: An overview of existing research and a comparative study of British and German foreign fighters

Working Paper 8/ December 2014

Fatma Ahmed: Unravelling the Puzzle of Piracy A Somali Perspective

Working Paper 6/ November 2013

Manfred Permanseder: Das deutsche Engagement bei der Sicherheitssektorreform in Afghanistan am Beispiel des Polizeiaufbaus Reformkonzept oder Etikettenschwindel?

Working Paper 5/ November 2013

Alexander Abdel Gawad: E pluribus unum? Palestinian authority and statehood in an environment of legal pluralism

Working Paper 4 / August 2013

Hans-Georg Ehrhart: Maritime security and piracy as challenges for the EU and Asia: Lessons from EU experiences

Working Paper 3 / April 2013

Amanda Guidero: Humanitarian, Development, and Private Security Actors in the Field: A Security Analysis in Somalia

Working Paper 2 / December 2012

Hans-Georg Ehrhart: Quo vadis EU: Force for Peace or Military Power?

Working Paper 1 / October 2011

Eine alte Idee in neuen Zeiten: Spielarten liberaler Friedensstrategien und die Bruchstellen der Globalisierung¹

Hendrik Hegemann, Universität Osnabrück

Abstract: *In aktuellen akademischen Debatten findet sich eine verbreitete Kritik an liberalen Strategien zur Herstellung und Sicherung eines dauerhaften Friedens. Es erschließt sich allerdings nicht immer einfach, was genau dabei jeweils mit „liberal“ gemeint ist, und was nicht. Darüber hinaus befindet sich die historische Konstellation, in der liberale Vorstellungen zur Herstellung und Sicherung des Friedens zuletzt umfassend ausformuliert wurden, im Angesicht fortschreitender Globalisierung schon seit einiger Zeit im Umbruch. Notwendig ist daher eine differenziertere, erweiterte und aktualisierte Betrachtungsweise. Dieser Artikel zeichnet zum einen die Herausbildung vier verschiedener, in der Literatur kaum explizit reflektierter Spielarten liberaler Friedensstrategien (libertär, nationalliberal, sozialliberal, neoliberal) nach. Zum anderen plädiert er für eine stärkere Hinwendung auf die Frage, ob und inwieweit die „neuen“ Herausforderungen widersprüchlicher Globalisierungsprozesse die „alten“ Rezepte liberaler Friedensstrategien in Frage stellen. Dazu benennt dieser Artikel auch bereits konkrete, sich abzeichnende globalisierungsbedingte Bruchstellen.*

1. Einleitung

Es ist inzwischen nahezu ein Allgemeinplatz geworden, festzustellen, dass die liberale Hoffnung auf eine „neue Weltordnung“ nach dem Ende der Ost-West Konfrontation und der damit verbundene Fortschrittsglauben an Frieden durch Demokratisierung, Verflechtung und Institutionalisierung verfolgt ist. In der allgemeinen Wahrnehmung erscheint das aktuelle Weltgeschehen vielmehr gekennzeichnet durch Krisen, Kriege und Konflikte allerorten, vom nahen Krieg in der Ukraine über den andauernden Konflikt in Syrien bis zum Flüchtlingselend im Mittelmeer. Unabhängig davon, wie zutreffend der Eindruck einer „Welt aus den Fugen“ tatsächlich ist, herrscht in zunehmend verunsicherten westlichen Gesellschaften das verbreitete Gefühl einer grundsätzlichen Krise des Liberalismus (Friedman et al. 2013). Auch liberale Ideen zur Frage von Krieg und Frieden sind zunehmend in die Kritik geraten. Die jüngere akademische Debatte hat sich dabei vor allem auf die Ambivalenzen des „Doppelbefundes“ des „demokratischen Friedens“, laut dem liberale Demokratien zwar untereinander friedlich sind, aber dennoch reichlich und leidlich Krieg gegen Nicht-Demokratien führen, fokussiert (Müller 2002; Geis et al. 2007) oder sich an den Problemen und Nebenwirkungen bestimmter Modelle der Friedens- und Staatsbildung durch „westliche“ Staaten

¹ Dieses Papier entstand im Rahmen der Arbeiten am mittelfristigen Arbeitsprogramm des IFSH und profitierte von Diskussionen mit den – inzwischen ehemaligen – Kolleginnen und Kollegen in Hamburg. Darüber hinaus danke ich insbesondere Michael Brzoska für wichtige Anregungen und Hinweise für dieses Papier sowie Martin Kahl und Ulrich Schneckener für hilfreiche Kommentare zu früheren Versionen dieses Papiers.

und internationale Organisationen in (Post-)Konfliktgesellschaften unter dem Stichwort des „*liberal peace*“ abgearbeitet (Richmond 2011; Richmond/Mac Ginty 2015).

Diese verdienstvollen Forschungsprogramme haben dabei wichtige neue Ergebnisse und Impulse geliefert. Es erschließt sich allerdings nicht immer einfach, was genau dabei jeweils mit „liberal“ gemeint ist, und was nicht. Auf der einen Seite wird liberal oftmals mit sehr spezifischen akademischen und politischen Verständnissen bestimmter Elemente liberaler Ideen gleichgesetzt; insbesondere der Demokratie, die in sich selbst ein höchst schillernder und umstrittener Begriff ist. Auf der anderen Seite fassen viele Beobachter² eine große Bandbreite irgendwie „westlicher“, „moderner“ Vorstellungen unter dem Label liberal zusammen. Wie noch genauer zu sehen sein wird teilen diese verschiedenen als liberal bezeichneten Ansätze zwar bestimmte Grundlagen, unterscheiden sich aber auch in vielerlei Hinsicht, etwa in Bezug auf das genaue Austarieren des Verhältnisses von Staat und Individuum oder die Frage, ob sie sich eher auf den zwischen- oder innerstaatlichen Frieden beziehen. Zudem haben sich inzwischen neue Debattenstränge herausgebildet, die liberale Ansätze in verschiedene Richtungen weiterentwickelt oder erweitert haben und selbst über den erweiterten „Kantianischen Frieden“ aus Demokratie, Interpendenz und Institutionen (Russett/Oneal 2001; Geis/Wagner 2006) hinausgehen. Notwendig ist daher eine differenziertere, breitere und aktualisierte Betrachtungsweise der verschiedenen Spielarten liberaler Ideen zu Krieg und Frieden.

Darüber hinaus befindet sich die historische Konstellation, in der liberale Vorstellungen zur Herstellung und Sicherung des Friedens zuletzt umfassend ausformuliert wurden, im Angesicht fortschreitender Globalisierung schon seit einiger Zeit im Umbruch. Die Frage, ob Ansätze des liberalen Friedens im Angesicht „konfliktreich und widersprüchlich verlaufender Globalisierungsprozesse“ noch tragen, wurde schon früher aufgeworfen (Teusch/Kahl 2001: 314; vgl. auch Doyle 2000). Sie blieb jedoch eher eine Randnotiz und wurde weder in der ausufernden empirischen Debatte um den „demokratischen Frieden“ noch in der allgemeinen Globalisierungsdiskussion systematisch untersucht. Globalisierungstheoretiker argumentierten zwar, „daß sich im Zeitalter der Globalisierung die Frage nach Krieg und Frieden in neuer Weise stellt“ (Zangl/Zürn 2003: 12), behandelten diese dann jedoch spätestens nach dem 11. September 2001 primär als eine Frage diverser transnationaler Sicherheitsrisiken, deren Management die Suche nach einem nachhaltigen Frieden in den Hintergrund drängte. Gerade die aktuellen Krisen, Kriege und Konflikte unterstreichen aber die Relevanz der Frage, ob und wie Frieden unter dynamischen Globalisierungsbedingungen möglich ist, wie angemessen und tragfähig liberale Friedensstrategien (noch) sind und wie, wo notwendig, mögliche Anpassungen und Alternativen aussehen könnten. Die

² Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichwohl für beide Geschlechter.

laufende Diskussion über die „Schattenseiten“ des liberalen Friedens (Geis et al. 2007) müsste also um eine globalisierungsspezifische Dimension erweitert werden.

Ausgangspunkt und primärer Gegenstand der Betrachtung in diesem Beitrag sind liberale Friedensstrategien im Sinne systematischer, erfahrungsgestützter Handlungsanleitungen. Besonders prominent formuliert wurden diese zuletzt in Zeit vor und nach dem Ende des Kalten Krieges. Die entsprechenden Autoren entwickelten ihre Ideen auf der Basis starker empirischer Belege für eine „Zone des Friedens“ unter liberalen Demokratien sowie der spezifischen historischen Erfahrungen des „Westens“, insbesondere Westeuropas, nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges (Russett 1993; Czempiel 1998; Russett/Oneal 2001). Die von ihnen beschriebenen Strategien drehten sich im Kern um das der Aufklärung entlehnte Grundmodell natürlicher Freiheiten des Individuums. Sie leiteten daraus Prinzipien wie Demokratie, wirtschaftliche Interdependenz und internationale Institutionen als wesentliche Friedensursachen und Richtschnur effektiven Handels für den Frieden in einer im Umbruch befindlichen, durch Ökonomisierung, Vergesellschaftung und Vernetzung gekennzeichneten Welt ab (Czempiel 1991). Liberale *Friedensstrategien* in diesem Sinne sind zu unterscheiden von abstrakteren liberalen *Friedenstheorien*, die bis zu den Klassikern der Aufklärung zurückreichen, und konkreter liberaler *Friedenspolitik*, die sich bestimmte liberale Ideale und Ansätze auf die Fahnen schreibt (vgl. Abschnitt 3).

Die ersten beiden Abschnitte dieses Artikels skizzieren die gemeinsamen Ursprünge und Kernannahmen moderner liberaler Friedensstrategien sowie daraus erwachsende theoretische und praktische Spannungen, die einen gewissen Interpretations- und Spielraum für die Entwicklung verschiedener Ausprägungen liberaler Friedensstrategien schaffen. Im nächsten Schritt stellt das Papier kurz die klassische Variante moderner liberaler Friedensstrategien dar, die sich auf die vereinte Wirkung von Demokratie, Interdependenz und internationalen Institutionen stützt. Auf der Grundlage dieser Bestandsaufnahme diskutiert der Text dann zwei wichtige Lücken bzw. mögliche Erweiterungen. Zum einen zeichnet das Papier die Herausbildung vier verschiedener Spielarten liberaler Friedensstrategien (libertär, nationalliberal, sozialliberal, neoliberal) mit eher partikularer Perspektive nach, die entweder einzelne liberale Elemente besonders in den Vordergrund stellen oder ergänzende Annahmen hinzufügen. Zum anderen plädiert dieser Beitrag für eine stärkere Hinwendung auf die Frage, ob und inwieweit die „neuen“ Herausforderungen widersprüchlicher Globalisierungsprozesse die „alten“ Rezepte liberaler Friedensstrategien in Frage stellen. Dazu benennt er auch bereits erste konkrete, sich herauskristallisierende globalisierungsbedingte Bruchstellen.

Im Rahmen der Arbeiten am mittelfristigen Arbeitsprogramm des IFSH zu „Friedensstrategien gestern und heute: Friedens- und Sicherheitspolitik an den Bruchstellen der Globalisierung“³ liefert dieses Papier vor allem zwei Beiträge: eine grobe Übersicht der akademischen Diskussion zu liberalen Friedensstrategien sowie erste Anknüpfungspunkte für den Untersuchung und Problematisierung unter dem besonderen Blickwinkel der „Bruchstellen der Globalisierung“ im weiteren Verlauf des Arbeitsprogramms. Die einführende Darstellung dieser breiten Themen im Rahmen dieses Beitrages bleibt dabei notwendigerweise überblicksartig.

2. Historische Erfahrungen, empirische Befunde, theoretische Annahmen: Der gemeinsame Kern liberaler Friedensstrategien

Weder der Liberalismus im Allgemeinen noch liberale Friedensstrategien im Besonderen stellen einen monolithischen Block dar. Vielmehr handelt es sich um eine dynamische Ideenfamilie, die durch ein Set üblicherweise als liberal bezeichneter Familienähnlichkeiten zusammengehalten wird, deren einzelne Strömungen sich aber unterschiedlich nah am Kern eines idealtypischen Liberalismus bewegen (Doyle 1997: 206). Hier gilt es daher zunächst kurz den Bestand gemeinsamer Hintergründe und Grundprinzipien zu umschreiben, nicht zuletzt um die daraus resultierenden Abspaltungen, Blindstellen und Spannungsverhältnisse zu verstehen.

Die Entwicklung moderner liberaler Friedensstrategien speist sich aus konkreten historischen Erfahrungen, empirischen Befunden und theoretischen Annahmen. Diese drei Bereiche haben sich dabei gegenseitig beeinflusst. So fußen theoretische Annahmen etwa auf historischen Erfahrungen und empirischen Befunden, die sie explizit oder implizit in ihre Überlegungen einbauen. Zur besseren Übersicht werden diese drei Teile hier aber zunächst heuristisch getrennt.

Versuche zur Formulierung politischer Friedensstrategien auf der Grundlage liberaler Ideen reichen weit zurück und finden sich etwa bei den Friedensgesellschaften und -kongressen des 19. Jahrhunderts oder Woodrow Wilsons 14-Punkte-Programm, die jeweils auch die historischen Erfahrungen ihrer Zeit reflektierten. Die entscheidende Grundlage aktueller Vorschläge aber waren die kollektiven Erfahrungen Westeuropas seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges, in der sich vorher lange verfeindete und in blutige Auseinandersetzungen verwickelte Staaten zu einer „Zone des Friedens“ zusammenschlossen. Als Ursache dieses zwischenstaatlichen Friedens sahen liberale Vertreter vor allem den fortlaufenden Prozess der Demokratisierung und gesellschaftlichen Emanzipation sowie vielfältige Formen der Verflechtung und Kooperation. Daraus leiten sie den Schluss ab, dass der Frieden als wesentliche Norm außenpolitischen Verhaltens unter diesen Staaten

³ <http://ifsh.de/forschung/mittelfristiges-arbeitsprogramm/>.

akzeptiert sei und „sich diese Vernunft durchgesetzt [hat]“ (Czempiel 1998: 14). Einzelne Friedenstheoretiker sahen zudem die „historische Erfahrung aus der neuzeitlichen Geschichte in Teilregionen Europas“ und des dortigen langfristigen „Zivilisierungsprozeß“ als Grundlage eines stabilen auch innergesellschaftlichen Friedens in anderen Regionen der Welt (Senghaas 1995: 202).

Die zweite zentrale Grundlage moderner liberaler Friedensstrategien war die schlagende empirische Evidenz des bereits statistischen „Doppelbefundes“ des demokratischen Friedens. Vertreter des demokratischen oder „Kantianischen“ Friedens konnten sich – trotz ausgedehnter, zunehmend kleinteiliger methodischer und theoretischer Debatten – im Großen und Ganzen darin bestätigt sehen, dass politische Mitbestimmung, wirtschaftliche Interdependenz und internationale Institutionen zumindest zwischen liberalen Demokratien einen stabilen Frieden schaffen (Geis 2001; Russett/Oneal 2001). Ihre Förderung erschien ihnen daher als logische Maßgabe für weitere Friedensstrategien.

Die dritte Quelle zur Formulierung moderner liberaler Friedensstrategien stellten liberale Theorietraditionen dar, die bis zu den Klassikern der europäischen Aufklärung zurückreichen. Zentraler gemeinsamer Bezugspunkt friedentheoretischer Überlegungen bei Denkern wie Kant, Mill oder Bentham, deren Gedanken gegen Ende des Kalten Krieges auch in den Internationalen Beziehungen und der Friedensforschung wieder stärker rezipiert wurden (Doyle 1983), war die Betonung des rationalen Individuums.⁴ Entscheiden erst die Präferenzen des vernunftbegabten, rationalen Staats- und Besitzbürgers, der naturgemäß kein Interesse am Krieg mit allen seinen Kosten und Risiken haben kann, dann – so die klassische liberale Idee – ist Frieden die natürliche langfristige Folge. Eine stärkere Betonung von Individuen und Gesellschaften gegenüber dem Staat gilt daher als entscheidend (Czempiel 1998: 16-17). Liberale Ansätze fokussieren sich also nicht auf das anarchische Staatensystem sondern auf in bestimmter Weise verfasste Gesellschaften sowie ihre Interaktionen in der Gesellschaftswelt. Sie betonen das Primat eigennütziger, kooperationsfähiger Akteure, deren Präferenzen durch den Staat nach außen repräsentiert und unter Bedingungen komplexer Interdependenz verfolgt werden (Moravcsik 1997). Daraus ergibt sich im Umkehrschluss, dass Ansätze, die nicht das Individuum und dessen interdependente Beziehungen in den Mittelpunkt ihrer Friedensbemühungen stellen, also etwa religiöse, kommunitaristische oder marxistische Ansätze, nicht als liberal zu bezeichnen sind.

Als zweiter theoretischer Bezugspunkt neben der Betonung des rationalen Individuums folgte aus dem Vernunft- und Fortschrittsglauben der Aufklärung die Einsicht, dass Frieden kein utopischer Zustand bleiben muss, sondern konkret erwirkt werden kann. Die grundlegende Frage des Friedensbegriffs inklusive seiner jeweiligen Enge oder Weite kann hier nicht ausführlich behandelt

⁴ Ausführlich zu komparativen ideengeschichtlichen Herleitungen und Grundlagen vgl. Doyle (1997); Cortright (2008).

werden (vgl. dazu ausführlich Brock 2002). Insgesamt gilt aber, dass Frieden für liberale Friedensstrategien ein Prozess auf einem Kontinuum darstellt, dessen Minimalbestandteil die Abwesenheit organisierter Gewalt ist, der als langfristiges Ziel aber als gerecht empfundene gesellschaftliche Zustände als Bedingung eines nachhaltigen Friedens anstrebt. Es geht somit nicht (nur) um die „Vermeidung des Krieges“, sondern die „Instrumentierung des Friedens“ (Czempiel 1998: 20), wobei dabei in der Regel vor allem der zwischenstaatliche Frieden gemeint ist. Damit grenzen sich liberale Friedensstrategien von anderen, nicht-liberalen Ansätzen ab. Realisten in ihren verschiedenen Ausprägungen etwa gehen von einem natürlichen Kriegs- und Konfliktzustand aus, der durch Konzepte wie Mächtegleichgewicht und Allianzbildung eingehegt, aber eben nicht überwunden werden kann (Doyle 1997).

3. Theorie und Praxis liberaler Friedensstrategien

Frieden ist im liberalen Sinne also möglich, erfordert zu seiner Verwirklichung aber angemessene Mittel und Instrumente. Die beschriebenen Erfahrungen, Befunde und Theorien bedürfen daher der Übersetzung in konkrete liberale Friedensstrategien, die im Mittelpunkt dieses Beitrages stehen. Die Ableitung eines kohärenten Sets liberaler Friedensstrategien diene ihren Vorreitern dazu „das Problem des Friedens in seiner Komplexität zu formulieren und zu analysieren“ und dadurch praktische Handlungsanleitungen zu generieren auf der Basis „theoretisch durchdachter und mit gesicherten Erkenntnissen über Zweck-Mittel-Relationen wohl versehener Konzepte“ (Czempiel 1998: 14, 22). Es ging den betreffenden Autoren darum, eine wissenschaftliche Basis zu liefern für das übergeordnete Ziel, „dauerhafte Formen konstruktiver, gewaltfreier Konfliktaustragung zu finden und zu institutionalisieren“ (Senghaas 1995: 197). In diesem Sinne waren liberale Friedensstrategien als politisches Alternativangebot zu anderen verfügbaren Strategietraditionen, allen voran dem Realismus, gedacht.

Die im vorherigen Abschnitt beschriebenen liberalen Grundannahmen lassen jedoch reichlich Spiel- und Interpretationsraum bei der Benennung konkreter Zwecke und Mittel in liberalen Friedensstrategien. So bleibt die genaue Austaxierung des Verhältnisses zwischen den möglicherweise konkurrierenden Rechten verschiedener Individuen sowie zwischen Individuum und Staat im Einzelfall eine schwierige Aufgabe (Doyle 1983: 207). Für die Frage der Herstellung und Sicherung des Friedens heißt das konkret etwa, dass der Schutz des Individuums vor dem Staat als möglichem Aggressor im Konflikt stehen kann mit dem Ziel, dem Individuum die Entfaltung seiner Rechte in einem friedlichem Umfeld durch den Staat zu ermöglichen. Ebenso kann sich die Zurückhaltung des Staates zum Ausbau von potenziell friedensförderndem Freihandel im Widerspruch befinden zum Ziel der Verteilungsgerechtigkeit als Bedingung individueller Teilhabe, die

aus liberaler Sicht ebenfalls dem Frieden dienen kann. Unterschiedliche Strömungen liberaler Friedensstrategien haben dieses Verhältnis daher sehr unterschiedlich ausdefiniert (vgl. Kapitel 5).

Ein weiteres Spannungsfeld liberaler Friedenstheorie öffnet sich zwischen dem universalen Anspruch der aufgeklärten Vernunft und der emanzipatorischen Idee der Unabhängigkeit und Selbsterkenntnis des Einzelnen. Bereits John Stuart Mill und Immanuel Kant nahmen hier abweichende Positionen ein. Daraus haben Kritiker gefolgert, dass liberale Friedenstheorien den Kern des Imperialismus bereits in sich tragen, indem sie im Dienst der vermeintlich guten Sache Interventionen rechtfertigen und mangelnden Respekt für Bedenken und Widerstände in nicht-liberalen Gesellschaften zeigen (Barkawi/Laffey 1999; Jahn 2005). Hier zeichnen sich weitere Zielkonflikte liberaler Friedensstrategien ab. Was wiegt höher: der Schutz der natürlichen Rechte der Individuen in autoritären Staaten und Konfliktgebieten oder das Recht souveräner Staaten als Repräsentanten der Präferenzen ihrer individuellen Mitglieder auf Unabhängigkeit und Nichteinmischung? Was zählt mehr: die Erfahrung des Westens, dass Demokratie und Rechtsstaatlichkeit einen stabilen Frieden ermöglichen haben, oder der Respekt für andere Gesellschaften, deren Erfahrungen unter Umständen andere Modelle gedeihlichen Zusammenlebens nahelegen?

Auch mit konkreten praktischen Absichten formulierte liberale Friedensstrategien übersetzen sich aber noch nicht von alleine in liberale Friedenspolitik. Während Friedenstheorien und Friedensstrategien gleichermaßen von Wissenschaftlern, zivilgesellschaftlichen Akteuren oder Politikern formuliert werden können, bedarf praktische Friedenspolitik letztlich der Übernahme und Durchsetzung durch politische Akteure mit entsprechenden Ressourcen, die sich diese Ideen aus welchen Überzeugungen und Interessen auch immer heraus zu Eigen machen. In jüngerer Zeit erlebte liberale Friedenspolitik vor allem nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation eine Blütezeit. Bill Clinton etwa machte die Ausbreitung der Demokratie („*enlargement*“) gerade zu Beginn seiner Regierungszeit zu einem zentralen Ziel amerikanischer Friedens- und Sicherheitspolitik. Bereits die „humanitären Interventionen“ in Somalia, Bosnien-Herzegowina oder Kosovo während der 1990-er Jahre, die auch mit liberalen Ideen wie dem Schutz des Individuums begründet wurden, warfen allerdings erste Fragezeichen bezüglich der legitimen Mittel und Kosten auf. Spätestens der aus dem Ufer laufende „Krieg gegen den Terrorismus“ und die amerikanische Intervention im Irak 2003 erzeugten dann endgültig Zweifel, was genau an dieser teilweise mit liberalen Motiven gerechtfertigten Politik „liberal“ in Sinne liberaler Friedensstrategien sein soll (Czempiel 2003).

Das Verhältnis liberaler Friedensstrategien zu praktischer Friedenspolitik ist also komplex. Inzwischen wird in der Debatte zu Recht darauf verwiesen, dass es naiv wäre, akademische Befunde, Theorien und Strategien einfach pauschal von Maßnahmen und Politiken zu trennen, die unter anderem mit bestimmten liberalen Zielen, wie etwa der Verbreitung der Demokratie, begründet

werden (Geis/Wagner 2006). Liberale Friedensstrategien und die dazu gehörige akademische Forschung können durchaus eine mögliche Basis für die Begründung von Interventionen mit universalistischem Anspruch bieten. Politische Akteure haben diese Ideen zur Rechtfertigung ihrer Interventionspolitiken, etwa im *war on terror*, genutzt, auch wenn die angewendeten Instrumente mitunter alles andere als liberal waren (Desch 2007/08). Gleichwohl ist es problematisch eine direkte Linie von akademisch formulierten liberalen Friedensstrategien zu als liberal bezeichneter Friedens- und Sicherheitspolitik zu ziehen. Viele liberale Autoren haben die Gefahr der Durchsetzung liberaler Zwecke mit illiberalen Mitteln durchaus reflektiert. Ihre Vorstellungen von Intervention fokussierten auf zivile Mittel, allen voran der Förderung gesellschaftlicher Emanzipation und intergesellschaftlichen Austausches (Czempiel 1994). Zudem betonten auch viele liberale Autoren den langfristigen Vorrang lokaler Akteure und Prozesse, durch die die liberalen zivilisatorischen Errungenschaften auch jenseits Europas „jeweils eigenständig erkämpft und damit aus innerem Antrieb rezipiert und innovativ weiterentwickelt“ werden müssten (Senghaas 1995: 208).

4. Frieden durch Demokratie, Interdependenz und internationale Institutionen: Die klassische Spielart moderner liberaler Friedensstrategien

Dieses Kapitel beschreibt zunächst überblicksartig das klassische Set liberaler Friedensstrategien wie es vor allem in der Zeit unmittelbar vor oder nach der Ost-West-Konfrontation entwickelt wurde. Im Mittelpunkt steht hier die breite Emanzipation und Demokratisierung von Gesellschaften. Bei der Wahl der Mittel gehen entsprechende Autoren über ein traditionelles Verständnis staatlicher Souveränität hinaus, da eine effektive Friedensstrategie aus ihrer Sicht auch und vor allem innere Herrschaftsverhältnisse verändern muss, wobei auch „harte“ Anreize wie Konditionalität oder Sanktionen zum Einsatz kommen können. Eine Intervention wird dabei aber primär zivil im Sinne der Stärkung und Vernetzung gesellschaftlicher Akteure verstanden. Konkrete Instrumente, die dazu genannt werden, umfassen etwa Demokratieförderung, Freihandel, zivilgesellschaftliche Dialoge oder die Einbindung möglichst vieler Akteure in multilaterale Institutionen (Russett 1993: Kap. 6; Czempiel 1994; Russett/Oneal 2001: Kap. 8).

Die verschiedenen Elemente liberaler Friedensstrategien in dieser klassischen Form lassen sich in drei Stränge, die auch als „Triade“, „magisches Dreieck“ oder „Engelskreis“ des liberalen Friedens bezeichnet worden sind, unterteilen: 1. *Frieden durch Demokratie*; 2. *Frieden durch Interdependenz*; 3. *Frieden durch internationale Institutionen* (vgl. etwa Russett/Oneal 2001; Geis/Wagner 2006). Auch wenn jeweils eigene Forschungen zu den einzelnen Strängen existieren, werden die verschiedenen Teile im klassischen Verständnis als sich gegenseitig befördernde Eckpfeiler eines zusammenhängenden Gesamtpakets verstanden und nicht als konkurrierende, sich gegenseitig

ausschließende Programme. Die einseitige Betonung einzelner Elemente wird als „Flucht in die Vereinfachung“ (Czempiel 1998: 22) abgelehnt; zur besseren Übersichtlichkeit eignet sich eine solche heuristische Trennung hier aber dennoch.

4.1 Frieden durch Demokratie

Den ersten und populärsten Ankerpunkt bildet die Annahme, dass die demokratische Verfasstheit eines Staates und die politische Teilhabe möglichst vieler Mitglieder innerhalb eines Gemeinwesens auch im Außenverhalten friedensfördernd wirken. Diese Idee lässt sich direkt zum Erbe der Aufklärung zurückverfolgen und wurde von zahlreichen liberalen Denkern wie Thomas Paine oder Charles Louis Montesquieu übernommen. Am klarsten und einflussreichsten hat diesen Zusammenhang Immanuel Kant im ersten „Definitivartikel“ seiner berühmten Schrift „Zum Ewigen Frieden“ formuliert. Demnach ist eine republikanische Verfassung der Schlüssel zu eben jenem ewigen Frieden, da vernunftbegabte, aufgeklärte Staatsbürger, die frei über ihre politischen Angelegenheiten bestimmen, kein Interesse haben einem Krieg zuzustimmen, dessen Kosten in aller Regel sie zu tragen haben, sodass „sie sich sehr bedenken werden, ein so schlimmes Spiel anzufangen“ (Kant 1971[1795]: 26-27). Für Kant steht daher fest, dass eine Republik „ihrer Natur nach zum ewigen Frieden geneigt sein muß“ (Kant 1971[1795]: 33). Auch in modernen Friedensstrategien findet sich der Gedanke, dass der „rational handelnde, individuelle Besitzbürger“ wisse, dass er – anders als Fürsten und Generäle – in einem Krieg in der Regel viel zu verlieren, aber wenig zu gewinnen habe und daher per se „gewaltavers“ sei (Czempiel 1996: 80).

Der empirischen Überprüfung standgehalten hat vor allem die sogenannte „dyadische“ Variante des demokratischen Friedens, nach der es das Verhältnis von Demokratien zueinander ist, das zwischen ihnen eine „Zone des Friedens“ begründet. Die „monadische“ Variante, laut der Demokratien aufgrund ihrer spezifischen innerstaatlichen Verfasstheit und daraus resultierender normativer oder institutioneller Beschränkungen per se auch in ihren Außenbeziehungen zu friedvollem Verhalten neigen, bleibt hingegen stark umstritten (Geis 2001). Verteidiger eines monadischen Ansatzes argumentieren, dass es sich bei den allermeisten Demokratien bisher nicht um echte Demokratien, sondern um „kollektivierte Monarchien“ handle, deren notorisch elitendominierte und intransparente Außen- und Sicherheitspolitik bestimmte gesellschaftliche Gruppen privilegiere und die Kriegskosten auf andere gesellschaftliche Gruppen abwälze (Czempiel 1996: 86). Als zentrales und insgesamt robustes Ergebnis steht nach wie vor der „Doppelbefund“ des demokratischen Friedens. In den letzten Jahren hat sich allerdings auch eine starke Forschungsrichtung ergeben, die die „Schattenseiten“ des demokratischen Friedens und demokratiespezifische Gründe für „demokratische Kriege“ beleuchtet (Müller 2002; Geis/Wagner 2006; Geis et al. 2007).

Das Mittel der Wahl, das sich auch diesem ersten Strang liberaler Friedensstrategien ergibt, sind Demokratieförderung und die Ermöglichung politischer Teilhabe. Die Angemessenheit externer Demokratieförderung als Friedensstrategie ist aber Gegenstand kontroverser Diskussionen. Empirische Befunde legen nahe, dass gerade Transformationsprozesse zu Beginn und besonders im Inneren oftmals eher neue gewaltsame Konflikte befördern (Mansfield/Snyder 2005). Eine weitere Grundsatzkritik bezieht sich darauf, dass von außen beförderte oder erzwungene Demokratisierungen nach westlichem Vorbild und ohne lokale Verwurzelung nur sehr fragile Friedensordnungen schaffen, die gerade interne Konflikte nicht beenden oder gar weiter befeuern (Richmond 2011). Es ist fraglich, ob diese Probleme in Zukunft überwunden werden können. Im Gegenteil ließe sich argumentieren, dass im Zuge der Globalisierung noch stärker Akteure und Modelle auf den Plan treten, die den Vorrang der Demokratisierung in Frage stellen, oder sich neue innergesellschaftliche Verwerfungen und Konflikte zeigen, die auch in etablierten Demokratien zu Legitimationsdefiziten führen und so den Erhalt demokratischer Standards vor neue Herausforderungen stellen könnten (Teusch/Kahl 2001).

4.2 Frieden durch Interdependenz

Die friedensfördernde Wirkung innergesellschaftlicher Prozesse und Strukturen sehen die Vertreter liberaler Friedensstrategien in einem komplementären Verhältnis zu einer zunehmenden ökonomischen Integration und Interdependenz. Schon für die liberalen Denker der Aufklärung war die friedensfördernde Wirkung des zwischenstaatlichen und zwischengesellschaftlichen Freihandels eine logische Folge der neuen individuellen Vernunft in der aufsteigenden Klasse des Bürgertums, das seine Stellung vor allem auf ökonomische Beziehungen und ungehinderte Warenaustausch gründete. Der *homo oeconomicus* führt demnach keinen Krieg für Ruhm, Ehre und Vaterland, sondern denkt strikt in rationalen Kosten-Nutzen-Kalkülen. Politisch folgte daraus der Einsatz für eine Öffnung der Wirtschaft, den Abbau von Handelshindernissen, eine nicht-interventionistische Außenpolitik und niedrige Rüstungsausgaben. Als Konsequenz aus diesen Überlegungen „wurde für den klassischen Liberalismus die politische Ökonomie zur Friedenswissenschaft schlechthin, wurde die Wirtschaft zur Friedensstrategie“ (Czempiel 1998: 197).

Die Idee des Handels- und Interdependenzfriedens hat auch nach dem Zweiten Weltkrieg fortgelebt. Dabei betonen etwa interdependenztheoretische Arbeiten die aus dem Handel erwachsenden Verflechtungen und gegenseitigen Abhängigkeiten zwischen Staaten, die militärische Macht ineffektiv und offenen zwischenstaatlichen Krieg für alle Seiten unattraktiv machen (Keohane/Nye 1977). „Handelsstaaten“, wie etwa die Bundesrepublik, stützen ihre Stellung demnach nicht auf die Größe ihrer Armeen und Territorien, sondern auf Bildung, Infrastruktur und Innovation als Basis des Wohlstandes in der globalisierten Weltwirtschaft (Rosecrance 1986). Dieser Grundgedanke war und

ist auch Teil verschiedener praktischer Politiken, etwa der Strategie des „Wandel durch Handel“ in Zeiten der Ost-West-Konfrontation oder der Politik des „*engagement*“ gegenüber China, die auf eine möglichst enge Einbindung in die Weltwirtschaft setzt.

Die meisten Beobachter scheinen inzwischen einig zu sein, dass Handel und Interdependenz zwar Frieden fördern können, ein einfacher, kausaler Zusammenhang aber nicht besteht. Seine pazifizierende Wirkung ist abhängig von einer ganzen Reihe an Kontextbedingungen. Diese betreffen unter anderem einen möglichst hohen Entwicklungsstand der beteiligten Handelspartner, das Ausmaß der Asymmetrie zwischen ihnen und deren demokratische Verfasstheit sowie das Vorhandensein internationaler Handelsabkommen (Hegre et al. 2010; Schneider 2014). Studien verweisen zudem darauf, dass globalisierter Handel und Interdependenz vor allem eine Auslagerung des Krieges an die Ränder der OECD-Welt bewirkt hätten (Jung et al. 2003). Der offensichtlichste Einwurf gegen den Handelsfrieden lautet zudem, dass es zahlreiche Beispiele miteinander Krieg führender Staaten gibt, die durch enge Handelsbeziehungen verbunden sind. Dies wurde spätestens deutlich als der Erste Weltkrieg mitten in eine Phase ausgeprägter Interdependenz platzte. Zudem finden sich lang zurück reichende Vorwürfe, dass der Handelsfrieden die möglichen ökonomischen Anreize für bestimmte Formen der Kriegsführung mit geringen Kosten, den Einfluss der Rüstungsindustrie und Waffenlobby als ökonomische „Kriegsgewinnler“ sowie die konfliktfördernde Wirkung von durch Kapitalismus und Imperialismus hervorgerufenen sozialen Abhängigkeiten und Verwerfungen unterschätze (vgl. ausführlich zu diesen Diskussionen Schlotter 2013). Die aktuellen Spannungen im Rahmen der Wirtschafts- und Finanzkrise sowie die zahlreichen Konflikte am Rande der OECD-Welt werfen auch hier Fragen nach der zukünftigen Tragfähigkeit dieser Strategie unter Globalisierungsbedingungen auf.

4.3 Frieden durch internationale Institutionen

Ein drittes Element moderner liberaler Friedensstrategien in ihrer klassischen Ausformulierung betrifft die Institutionalisierung und Verrechtlichung des internationalen Systems. Auch bei Kant finden sich bereits Ansätze eines Friedens durch Institutionen und Recht in der Idee, dass „[d]as Völkerrecht [...] auf einen Föderalismus freier Staaten gegründet sein“ soll und es einen „Völkerbund, der aber gleichwohl kein Völkerstaat sein müsste“, geben soll (Kant 1971[1795]: 30). Politisch findet eine moderne Friedensstrategie in dieser Tradition ihren Ausdruck etwa im System kollektiver Sicherheit der Vereinten Nationen, dem Internationalen Strafgerichtshof, internationaler Rüstungskontrolle oder Regionalorganisationen wie EU und OSZE. Diese Institutionen vereinen zwar auch Staaten, deren Struktur oder Verhalten alles andere als liberal sind; vor dem Hintergrund ihrer historischen Genese und Begründung sind sie jedoch im Kern „ein Geschöpf liberaler Demokratien“ (Czempiel 1998: 119).

Die Idee des Friedens durch internationale Institutionen blieb populär in den liberalen Strängen der Internationalen Beziehungen. Sie spiegelt sich etwa in frühen idealistischen Hoffnungen auf Friedensgewinne durch Völkerbund und Vereinte Nationen, in funktionalistischen Ideen eines Prozess von der gemeinsamen Bearbeitung technischer Probleme zur schrittweisen Errichtung eines internationalen Friedenssystems oder in Teilen der Regimetheorie. Besonders prominent kommt sie in der These der immer weiter zusammen wachsenden „Sicherheitsgemeinschaft“ zum Ausdruck, zwischen deren Mitgliedern Krieg undenkbar wird, auch wenn dieser Ansatz deutlich über rein formale Institutionen hinausgeht (Deutsch et al. 1957). In aktuellen Kontexten ließen sich auch die kosmopolitisch ausgerichteten Teile der *Global Governance*-Literatur in diese Richtung lesen, wenn sie neben Wohlfahrts- auch Friedensgewinne erwarten. Gleichzeitig steht gerade die Legitimität moderner, demokratisch nur schwach kontrollierter *Governance*-Einrichtungen in Zeiten der Globalisierung auch unter besonderer Beobachtung.

Auch bei der Rolle internationaler Institutionen kristallisierte sich mit der Zeit heraus, dass ihre friedensfördernde Wirkung differenziert zu betrachten ist. Sie ist sowohl von ihrer eigenen Struktur als auch der Verfasstheit ihrer Mitgliedstaaten abhängig und insgesamt deutlich umstrittener als bei den anderen Faktoren. Als zentrale förderliche Kontextbedingungen erwiesen sich besonders ein hoher Institutionalisierungsgrad und substantielle Eingriffsmittel der Organisation sowie ein hoher Anteil demokratischer Staaten unter der Mitgliedschaft (Boehmer et al. 2004; Pevehouse/Russett 2006). Der Institutionenfrieden lässt sich statistisch daher kaum vom demokratischen Frieden trennen. Theoretisch wurde dennoch argumentiert, dass interdemokratische Institutionen zentral seien zur Erklärung des Friedens zwischen Demokratien, indem sie verlässliche Konsultationsmechanismen und Elitenaustausch ermöglichen, Streitschlichtungsverfahren und andere kooperative Formen der Konfliktregulierung bereitstellen und zwischengesellschaftliche Interdependenzen verstärken (Hasenclever 2002). Im Hinblick auf aktuelle Globalisierungsprozesse ergibt sich aber etwa die Frage, ob und wie bestehende internationale Institutionen an eine Welt angepasst werden müssen, die nicht mehr uneingeschränkt und unhinterfragt von den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges regiert wird.

5. Die Weiterentwicklung liberaler Friedensstrategien: Partikulare Varianten einer universalen Idee

Die vorgegangenen Kapitel haben vor dem Hintergrund der liberalen Literatur zu Krieg und Frieden die Grundlagen moderner liberaler Friedensstrategien und ihre klassische Ausformulierung im Sinne eines zusammen gedachten Gesamtpakets sich unter bestimmten Bedingungen gegenseitig

verstärkender Elemente skizziert. Wie in Kapitel 2 bereits angedeutet bleiben jedoch einige Spannungen und offene Fragen bestehen, mit denen sich unterschiedlich umgehen lässt. Im Vordergrund steht dabei das genaue Verhältnis zwischen Staat, Gesellschaft und Individuum jenseits der abstrakten Betonung von Gesellschaftswelt und individuellen Präferenzen. Beruht also Frieden eher auf der uneingeschränkten Freiheit des Einzelnen vor dem Staat oder in der Errichtung effektiver und legitimer Staatsstrukturen, die die Selbstverwirklichung des Einzelnen unter stabilen Friedensbedingungen durch den Staat ermöglichen? Fördert eher die möglichst umfassende Verwirklichung des freien Marktes und Handels den Frieden oder die Garantie eines Mindestmaßes an innergesellschaftlicher und globaler Gerechtigkeit als Basis gewaltfreien Konfliktaustrages?

Entlang dieser Linien hat die Debatte zu liberalen Friedensstrategien immer weitere Aufspaltungen und Spielarten hervorgebracht. Die bereits länger beobachtete „starke Ausdifferenzierung des Forschungsprogrammes“ (Geis/Wagner 2006: 276) geht dabei aber über die im klassischen, bereits skizzierten Dreisatz enthaltenen Aspekte hinaus, was selbst in erweiterten vorliegenden Darstellungen jedoch nicht immer ausreichend reflektiert wird (vgl. etwa Geis/Wagner 2006). Die Stränge der in diesem Kapitel identifizierten Spielarten haben einen spezifischeren, partikularen Ansatz und fokussieren weniger auf ein umfassendes Gesamtpaket als auf die überragende Wichtigkeit besonderer Aspekte. Dazu heben sie entweder bestimmte Einzelfaktoren hervor oder fügen neue Faktoren hinzu. Es handelt sich dabei um eine nicht direkt verbundene Gruppe von Ansätzen, die in unterschiedlichen Kontexten entstanden sind. Ihre Bedeutung im akademischen und politischen Diskurs variiert stark und die hier definierten Spielarten wurden bisher nicht immer explizit unter dem Dach einer genuinen Friedensstrategie diskutiert. Damit soll nicht einer fortschreitenden Aus- und Überdehnung des Liberalismusbegriffs das Wort geredet werden. Es muss allerdings zur Kenntnis genommen werden, dass die Idee liberaler Friedensstrategien sich in diversen Ausprägungen finden lässt und ihr Verständnis daher nicht ohne weiteres auf ihre klassische Ausformulierung reduziert werden kann. Notwendig ist eine differenzierte Betrachtung, die gleichwohl den Gesamtkontext nicht aus den Augen verliert. In diesem Sinne identifiziert dieses Kapitel vier eher partikuläre Varianten liberaler Friedensstrategien: einen *libertären*, einen *nationalliberalen*, einen *sozialliberalen* und einen *neoliberalen* Frieden. Diese heuristische Differenzierung und begriffliche Zuordnung dient vor allem der systematischen Orientierung, soll aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Grenzen zwischen diesen Ansätzen mitunter fließend sein können und ihre einzelnen Elemente durchaus parallel zueinander gefordert und verfolgt werden können.

5.1 Der libertäre Frieden: Frieden durch individuelle Freiheit und schwachen Staat

Als erste weitere Spielart liberaler Friedensstrategien lässt sich eine Denkrichtung identifizieren, die auf Frieden durch individuelle Freiheit und möglichst wenig Staat setzt. Sie lässt sich auch als *libertärer Frieden* bezeichnen. Diese geht über den klassischen liberalen Grundsatz der individuellen Entfaltung und Emanzipation innerhalb einer offenen, demokratisch verfassten Gesellschaft hinaus, indem sie die Rolle des Staates auf das Allernötigste zu begrenzen oder gar zu überwinden versucht. Ausgangspunkt ist, dass der klassische Liberalismus und vor allem sich liberal nennende Regierungen den Grundgedanken der individuellen Freiheit vernachlässigt hätten und selbst zur Gefahr für das Wohlergehen des Einzelnen geworden seien (Rummel 1983). Hier besteht eine gewisse Überschneidung zu eher linksorientierten, emanzipatorischen Ansätzen, die ebenfalls den Vorrang der Bedürfnisse des Individuums und dessen Bedrohung durch den Staat unterstreichen (Krippendorf 1985), sowie zum Konzept der „menschlichen Sicherheit“ (Kaldor 2007).

Besonders in den USA mit ihrer starken anti-etatistischen und individualistischen Tradition findet die Idee der möglichst weiten Zurückdrängung des Staates Anhänger. Bisher haben libertäre Gedanken nur bedingt Eingang in praktische Friedenspolitik gehalten. In den USA sind diese Ideen aber durchaus populär und werden von *Think Tanks* wie dem *CATO* Institut, das gerade innerhalb der republikanischen Partei gut vernetzt ist, auch im Friedens- und Sicherheitsbereich offensiv vertreten. Bevorzugte Mittel sind aus dieser Sicht eine möglichst zurückhaltende Außenpolitik ohne kostspielige militärische Abenteuer, die Reduzierung der Verteidigungsbudgets und der Rückbau staatlicher Verteidigungs- und Sicherheitsapparate.⁵

Für libertäre Friedensstrategien ist der Staat nicht die Lösung, sondern das Problem. Konzeptionell wurde dieser Ansatz am Prägnantesten von dem amerikanischen Politikwissenschaftler Rudolph Rummel (1983) ausgearbeitet. Rummel vertritt eine – in der akademischen Debatte hoch umstrittene – strikt monadische Interpretation des demokratischen Friedens und geht davon aus, dass offene Demokratien an sich friedensgeneigt sind, und daher nicht nur keine Kriege gegeneinander, sondern auch an sich deutlich weniger Kriege führen. Den Grund dafür sieht er insbesondere in der möglichst umfassenden Freiheit des Individuums. Die Macht der vom Individuum abgewandten Staatsapparate sieht er im Gegenzug als größte Bedrohung. Daraus entwickelt er den Leitsatz: „The more freedom that individuals have in a state, the less the state engages in foreign violence“ (Rummel 1983: 27). Diese Friedensneigung verlängert er zudem auch in den innerstaatlichen Bereich. Politische Macht als zentrale Ursache der Gewalt sollte laut Rummel möglichst dezentral verteilt sein und durch starke *checks and balances* eingeschränkt werden.

⁵ Vgl. <http://www.cato.org/research/foreign-policy-national-security>.

Zudem müsse sich die individuelle Meinung möglichst unmittelbar in verbindliche demokratische Entscheidungen übertragen.

5.2 Der nationalliberale Frieden: Frieden durch Staatsbildung

Auf der anderen Seite des Spektrums gegenwärtiger Spielarten liberaler Friedensstrategien stehen Ansätze, die den Staat nicht primär als Aggressor und Bedrohung des Friedens sehen, sondern ein funktionierendes und akzeptiertes Staatswesen vielmehr als Bedingung für die Ermöglichung und Garantie eines stabilen Friedens begreifen. Dieser Strang, der hier als *nationalliberaler Frieden* bezeichnet werden soll, setzt also nicht auf den Abbau des Staates, sondern auf den Aufbau und Erhalt effektiver und legitimer staatlicher Strukturen, die die Bereitstellung zentraler öffentlicher Güter wie Sicherheit, Freiheit und Wohlstand des Individuums innerhalb eines möglichst gewaltfreien Gesamtrahmens überhaupt erst ermöglichen (Paris 2006).

Besondere Bedeutung besitzt dieser Ansatz im Kontext von Bemühungen zur Staats- und Friedensbildung seit dem Ende der Ost-West-Konfrontation. Er ist dabei als direkte Kritik eines speziellen Verständnisses des „liberal peace“ wie es westliche Staaten und internationale Organisationen propagiert haben zu verstehen und nach dem in der liberalen „Zone des Friedens“ bewährte Prinzipien wie Mehrheitsregel, individuelle Freiheit und freie Marktwirtschaft auch in aktuellen Konflikt- und Post-Konfliktkonstellationen den geeigneten Weg zu einem stabilen – auch innergesellschaftlichen – Frieden darstellen (Richmond 2005). Der hier als nationalliberal beschriebene Ansatz teilt zwar wesentliche Annahmen mit diesem Modell des *liberal peace*, betont aber, dass ein effektiver und legitimer Staat eine notwendige Bedingung für seine langfristige Verwirklichung sei. Befürworter dieser Sichtweise argumentieren, dass bereits klassische liberale Denker wie Kant und Locke die Verwirklichung individueller Rechte nur innerhalb eines funktionsfähigen Staates, der dann durch entsprechende Regeln und Verfahren kontrolliert wird, angestrebt hätten. Aktuelle Lesarten hätten dies allerdings vergessen und das Vorhandensein von Staatlichkeit als gegeben vorausgesetzt. Ihr Fehler sei es daher gewesen, vor dem Hintergrund westlicher Nationalstaaten entwickelte Konzepte und Strategien auf den Kontext fragiler (Post)Konfliktgesellschaften ohne entsprechende Traditionen und Strukturen zu übertragen (Paris 2006).

Vertreter eines nationalliberalen Friedens stellen fest, dass Demokratisierung und Liberalisierung nicht losgelöst vom Kontext ihrer Implementierung automatisch zum nachhaltigen Frieden führen, speziell in Bezug auf die in den relevanten Ländern besonders virulenten innergesellschaftlichen Konflikte. Sie fordern daher, dass zunächst die staatlichen Rahmenbedingungen für einen stabilen Frieden geschaffen werden müssen (Paris 2006). Es gibt demnach keinen sinnvollen Staatsumbau,

bevor nicht ein Mindestmaß an Staatsaufbau, inklusive eines effektiven Gewaltmonopols, stattgefunden hat. Gesellschaftliche Liberalisierung verlangt also staatliche Institutionalisierung. Dabei geht es neben der Effektivität auch um die Legitimität staatlicher Institutionen, etwa durch Verfahren der Verhandlung (Barnett 2006).

5.3 Der sozialliberale Frieden: Frieden durch soziale Gerechtigkeit

Eine dritte spezielle Spielart liberaler Friedensstrategien greift besonders die Bedeutung ökonomischer und sozialer Entwicklungs- und Gerechtigkeitsfragen als Grundlage eines nachhaltigen Friedens in und zwischen Staaten auf. Sie kann daher als *sozialliberaler Frieden* bezeichnet werden. Im Mittelpunkt stehen hier weder individuelle Freiheit und Staatsbeschränkung noch der Aufbau effektiver und legitimer Staatsstrukturen, sondern das Konzept der sozialen Gerechtigkeit. Klassischerweise wird der Wert der Gerechtigkeit eher mit sozialistischen Friedensstrategien in Verbindung gebracht (Cortright 2008: Kap. 12). Dennoch können liberale Ansätze aufbauen auf reformistischen oder sozialdemokratischen Traditionen wie sie sich etwa schon bei Karl Kautsky oder Eduard Bernstein finden, die liberale Ideale von Freiheit, Gleichheit und Demokratie auch sozial und wirtschaftlich verstanden. Eine solche Haltung entspricht in groben Zügen dem, was Doyle als „social welfare liberalism“ bezeichnet (Doyle 1983: 208).

Auch in Teilen liberaler Friedensstrategien findet sich der Hinweis, dass Gerechtigkeit eine wichtige Bedingung für einen dauerhaften Frieden darstellt. Ein stabiler Frieden setzt demnach neben politischer und rechtlicher Freiheit ein Mindestmaß an sozialer Gerechtigkeit im Sinne gesellschaftlich weitgehend akzeptierter Verteilungsordnungen voraus: „wenn ein Herrschaftssystem durch die Freiheit und Mitbestimmung seiner Bürger einerseits, durch soziale Gerechtigkeit andererseits gekennzeichnet war, dann produzierte es gleichzeitig den Frieden“ (Czempiel 1998: 166). Der dahinterliegende Gedanke ist, dass Akteure, die die bestehende Güterverteilung als gerecht und legitim erachten, auch weniger Anreize besitzen, diese durch gewaltsame Mittel zu verändern oder zu überwinden, und die Verteidiger einer Verteilungsordnung im Gegenzug weniger Gewalt aufwenden muss, um sie durchzusetzen. Dies gilt zwar insbesondere für den innergesellschaftlichen Frieden, kann aber auch auf internationaler Ebene zutreffen, etwa in dem Sinne, dass globale Ungleichgewichte und Ungerechtigkeiten auch Konflikte zwischen Staaten befördern und auslösen können. Zentrales Ziel ist es demnach, „durch Verständigungen und Kompromisse solche Bedingungen des Zusammenlebens von gesellschaftlichen Gruppen zu schaffen, die nicht ihre Existenz gefährden und nicht das Gerechtigkeitsempfinden oder die Lebensinteressen einzelner oder mehrerer von ihnen so schwerwiegend verletzen, daß sie nach Erschöpfung aller friedlichen Abhilfeverfahren Gewalt anwenden zu müssen glauben“ (Senghaas 1995: 222).

Notwendig dazu sind dann etwa Erwartungsverlässlichkeit, Rechtsstaatlichkeit, ökonomischer Ausgleich und Empathie.

Im Kontext moderner liberaler Friedensstrategien hat Dieter Senghaas diesen Zusammenhang besonders prägnant erfasst. Er sieht die jüngere europäische Erfahrung als paradigmatisches Modell eines Prozesses erfolgreicher „Zivilisierung“, dessen wesentliche Bausteine er in seinem Konstrukt des „zivilisatorischen Hexagon“ zusammenfasst. Soziale Gerechtigkeit ist darin ein zentraler Eckpfeiler und „eine konstitutive Bedingung der Lebensfähigkeit von rechtsstaatlichen Ordnungen und damit des inneren Friedens“ (Senghaas 1995: 202-3). Der Begriff soziale Gerechtigkeit umfasst für ihn sowohl Chancen- und Verteilungsgerechtigkeit als auch „Bedürfnisgerechtigkeit“, die die Grundversorgung mit essentiellen Gütern sicherstellt. Soziale Gerechtigkeit ist zentral, um mögliche Konfliktgründe zu minimieren, „weil nur dann sich die Mehrzahl der Menschen in einem solchen politischen Rahmen fair behandelt fühlt“ (Senghaas 1995: 201).

Die ausführliche – teils zustimmende, teils ablehnende – Debatte um das Hexagon als Ganzes kann hier nicht rekapituliert werden (vgl. dazu Jaberg 2011). Es ist aber doch wichtig zu vermerken, dass das spezielle Verhältnis von Frieden und sozialer Gerechtigkeit insgesamt nicht einfach als unproblematisch vorausgesetzt werden kann. Die Frage, was Gerechtigkeit ist und wie viel davon wie und für wen angemessen und notwendig ist, kann sehr unterschiedlich beantwortet werden und selbst Anlass zu Konflikten geben, die wiederum den Frieden unterminieren können (Müller 2011). Im Zuge fortlaufender Globalisierungsprozesse, die Regionen und Kulturen mit ganz unterschiedlichen Niveaus und Vorstellungen von Gerechtigkeit erfassen, erfordern auch diese Konfliktlinien besondere Aufmerksamkeit.

5.4 Der neoliberale Frieden: Frieden durch Markt

Eine weitere, vierte Spielart liberaler Friedensstrategien setzt nicht auf Gerechtigkeit und Entwicklung, sondern die friedensfördernden Kräfte von Kapitalismus und freiem Markt. Diese als „capitalist peace“ bekannt gewordene Denkrichtung hat sich aus der empirischen Debatte um den demokratischen Frieden heraus entwickelt und argumentiert, dass die Friedfertigkeit liberaler Demokratien untereinander sich nicht auf ihre demokratische Verfasstheit zurückführen lässt, sondern auf ihre Eigenschaft als entwickelte kapitalistische Staaten. Der empirische Befund des demokratischen Friedens wäre demnach eine statistische Scheinkorrelation, da die meisten konsolidierten Demokratien eben auch Teil der marktwirtschaftlichen OECD-Welt sind. Dabei gehen Vertreter der These vom *capitalist peace* über den klassischen Frieden durch Handel und Interdependenz als Teil des liberalen Gesamtpaketes hinaus und betonen die ökonomischen

Eigenschaften kapitalistischer Staaten wie den Schutz von Eigentumsrechten, freien Marktzugang und Zurückhaltung bei staatlichen Interventionen (Gartzke 2007; Schneider/Gleditsch 2010).

Vertreter dieses hier als *neoliberaler Frieden* bezeichneten Ansatzes können sich auf liberale Vordenker wie Friedrich von Hayek oder Joseph Schumpeter stützen. Für Schumpeter etwa beförderte der Kapitalismus rationales, nüchternes Kalkulieren der einzelnen Individuen, weshalb Menschen im Kapitalismus „essentiell unkriegerisch disponiert sein [müssten]“ (zitiert in Czempel 1998: 279). Der Globalisierungsoptimismus und neoliberale Reformimpuls der 1990-er Jahre gab diesem Gedanken auch politisch neuen Schwung. Die Ausbreitung des Kapitalismus durch wirtschaftliche Transformation, Marktöffnung und umfassende Liberalisierung wurde aus dieser Sicht zu einer eigenen Friedensstrategie.

Auch die Strategie des neoliberalen Friedens durch Kapitalismus ist allerdings alles andere als frei von Kritik. Neben der empirischen Frage, wie sich der Befund des kapitalistischen Friedens erklären und von dem des demokratischen Friedens trennen lässt (Schneider/Gleditsch 2010; Schneider 2014) hinterfragen grundsätzlichere Auseinandersetzungen die allgemeine Aussage einer harmonischen Beziehung zwischen Kapitalismus und Frieden. So wenden Kritiker ein, dass der Kapitalismusfriede den Krieg lediglich von zwischenstaatlichen Kriegen im kapitalistischen Zentrum der OECD-Welt zu innerstaatlichen Konflikten an ihrer Peripherie verlagert habe. Gerade der Prozess der Transformation und „Durchkapitalisierung“ erweise sich dabei als äußerst blutig und konfliktträchtig (Jung et al. 2003). Andere Studien verweisen darauf, dass die Debatte über und der Widerstand gegen Globalisierung vor allem in Transformations- und Schwellenländern durchaus zu neuen innerstaatlichen Konflikten und Instabilitäten führen kann (Bussmann/Schneider 2007). Es wäre also verfehlt davon auszugehen, dass eine sich ausbreitende Globalisierung entsprechende Friedenshindernisse automatisch und selbstverständlich überwindet

6. Liberale Friedensstrategien und die Bruchstellen der Globalisierung: Neue Herausforderungen

Wir haben bisher gesehen, dass sich aus den gemeinsamen liberalen Ursprüngen und Grundprinzipien eine Reihe verschiedener liberaler Friedensstrategien im weiteren Sinne herausgebildet haben, die sich unterschiedlich nah am Kern des Liberalismus bewegen. Diese verschiedenen Strategien variieren zudem in ihrer politischen Wirkmächtigkeit und akademischen Erklärungsreichweite. Sie alle können gewisse, größere oder kleinere, theoretische oder praktische Erfolge vorweisen, die zu der Annahme berechtigen, dass sich daraus sinnvolle friedenspolitische Handlungsanleitungen gewinnen lassen. Sie beinhalten jedoch auch jeweils ihre eigenen

Spannungsverhältnisse, Blindstellen und Nebenwirkungen. Zudem hat die bisherige Diskussion bereits angedeutet, dass gegenwärtige Globalisierungsprozesse vorhandene Probleme vergrößern oder neue Herausforderungen mit sich bringen könnten. Daraus folgt die Frage, wie es um die Tragfähigkeit und Angemessenheit dieser einzelnen liberalen Friedensstrategien vor dem speziellen Hintergrund aktueller Globalisierungserscheinungen bestellt ist.

Der Kontext, vor dem liberale Friedensstrategien formuliert wurden und ihre Wirkung entfalten, befindet sich im fortlaufenden Wandel, woraus sich dann wiederum neue Anforderungen an Friedensstrategien ergeben. Der übergeordnete Rahmen dieses Wandels ist die Globalisierung. Die „Kombination aus naivem Aufklärungsoptimismus und Modernisierungstheorie“ (Geis/Wagner 2006: 285), die sowohl einige Stränge der frühen Globalisierungstheorie als auch Teile der Diskussion über liberale Friedensstrategien angeleitet hat, gerät in diesem Zusammenhang schon seit einiger Zeit ins Wanken. Innerstaatliche Konflikte während der 1990-er Jahre, etwa in Ruanda oder auf dem Balkan, und die Welle humanitärer Interventionen in Ländern wie Bosnien-Herzegowina und Somalia stellten bereits zumindest große Fragenzeichen hinter die Idee der „neuen Weltordnung“. Auch liberale Denker stellten fest, dass die ursprünglichen Hoffnungen zwar „real und realistisch“ gewesen, nun aber „fast dahingeschmolzen“ seien (Czempiel 1998: 7).

Aktuell stellt sich erst recht die Frage, welche theoretischen und praktischen Schlüsse aus gegenwärtigen Globalisierungsprozessen zu ziehen sind. Sind die Strategien nicht mehr angemessen und müssen angepasst oder gar verworfen werden? Oder bleiben sie auch unter gewandelten Bedingungen gültig und müssen nur konsequent und richtig umgesetzt worden? Auf der einen Seite findet sich die Meinung, dass die klassischen liberalen Grundprinzipien weiter richtig und notwendig sind und ihr größtes Problem bisher vor allem die „Lernpathologie der Politik“ war, die sie nicht richtig verstehen und umsetzen konnte oder wollte (Czempiel 1998: 8). Auf der anderen Seite stehen Stimmen, die die Möglichkeit sehen, dass liberale Friedensstrategien im Angesicht der mit der Globalisierung verbundenen Verwerfungen immer weiter unter Druck geraten und „nur für einen begrenzten historischen Zeitabschnitt volle Gültigkeit beanspruchen konnte[n]“ (Teusch/Kahl 2001: 290).

Hier geht es weder darum die Geeignetheit und Angemessenheit der beschriebenen Spielarten liberaler Friedensstrategien abschließend und gänzlich zu bezweifeln, noch darum ein fertig ausgearbeitetes theoretisches und praktisches Alternativprogramm vorzulegen. Ziel ist es vielmehr, darauf hinzuweisen, dass liberale Friedensstrategien vor dem Hintergrund aktueller Globalisierungsprozesse einer erneuten Überprüfung bedürfen, um zu eruieren, ob sie mit den sich wandelnden Bedingungen (noch) kompatibel sind und wo mögliche Konflikte entstehen könnten. Entsprechende Forschung müsste dabei über die Frage der immanenten „Schattenseiten“ (Geis et al.

2007) und „Antinomien“ (Müller 2002) liberaler Friedensstrategien hinausgehen und die grundsätzliche Kritik am Liberalismus stärker mit der einer differenzierten Diskussion ihrer spezifischen Kontextbedingungen in Zeiten konfliktträchtiger Globalisierungsprozesse verknüpfen. Dazu möchte dieser Artikel erste Anstöße und Orientierungen liefern.

Die Frage nach dem Zusammenhang zwischen Frieden, Krieg und Globalisierung an sich ist nicht neu. In der Diskussion über liberale Friedensstrategien wurde sie immer mal wieder aufgeworfen (Doyle 2000; Teusch/Kahl 2001). Es findet sich zudem der allgemeine Hinweis, dass sich eine regional differenzierte und zunehmend fragmentierte Globalisierung herausbildet, „deren richtige Ordnung die große Herausforderung der Gegenwart darstellt“ (Czempiel 2002: 20). Liberale Friedensstrategen wurden aber kaum systematisch im Hinblick auf die Konsequenzen aktueller Bruchstellen der Globalisierung untersucht. Wo sie auftauchte galt Globalisierung vorrangig als förderliche Kontextbedingung des demokratischen Friedens, was sich allerdings gerade innerstaatlich nicht überall bewahrheitete (Bussmann/Schneider 2007).

Anders als von frühen Globalisierungstheoretikern und auch einer Reihe von Friedensforschern angenommen, hat die im Zuge der Globalisierung zu beobachtende – in ihrem Ausmaß variierende und schwer genau zu bestimmende – Vertiefung und Beschleunigung von gesellschaftlichen Verflechtungen nicht überall und nicht linear zu der von liberalen Friedenstheorien und -strategien prognostizierten Herstellung und Verstetigung des Friedens geführt. Stattdessen hat die Globalisierung auch Gegentendenzen, Widerstände und Fragmentierungen hervorgebracht, die im Sinne James Rosenaus (1997) als „Turbulenzen“ der Globalisierung bezeichnet werden können. So ist eine komplexe Situation entstanden mit teils neuen, teils sehr alten Phänomenen und Problemen. Die daraus erwachsenden globalisierungsinduzierten Herausforderungen sind an sich in der Regel nicht neu und bereits Gegenstand mehr oder weniger breiter wissenschaftlicher Diskussionen, die hier nur angedeutet werden können. Es fehlt bisher jedoch an zusammenhängender und systematischer Forschung, die diese Bruchstellen differenziert im Hinblick auf die einzelnen Teilelemente und Spielarten liberaler Friedensstrategien betrachtet und die sich daraus ergebenden politischen Implikationen reflektiert. Um Inhalt und Relevanz der hier aufgeworfenen Fragen zu konkretisieren und illustrieren, benennt dieses Papier in einem ersten Schritt drei besonders relevant erscheinende Bruchlinien der Globalisierung, deren Implikationen für liberale Friedensstrategien im Rahmen zukünftiger Forschung weiter zu untersuchen sind.

6.1 Der Wandel der Kriegsführung und des Gewalteinsatzes

Eine erste Bruchstelle zeigt sich beim Wandel der Kriegsführung und des Gewalteinsatzes. Es wurde inzwischen vielfach beschrieben, dass im Rahmen der Globalisierung eine wachsende Zahl

verschiedener, zunehmend auch nichtstaatlicher Akteure mit Gewaltmitteln ausgestattet wird, die die klassischen Grenzen zwischen Staat und Gesellschaft sowie zwischen innen und außen zunehmend aufweichen (Zangl/Zürn 2003; Schneckener 2006). Sie bauen dabei in vielerlei Hinsicht auf lang bekannte Phänomene auf, entfalten ihre Wirkung aber eben unter den Bedingungen der Globalisierung, wie etwa globale Vernetzung und mediale Vermittlung, durch die sie auch in weit entfernte Regionen hineinwirken können. Bei diesen Gruppen, von Terroristen über Piraten bis zu Warlords, handelt es sich nicht – oder jedenfalls nicht im klassischen Sinne – um staatliche Akteure und ihr Gewalteinsatz bewegt sich mitunter jenseits traditioneller Vorstellungen und Normen. Solche nicht-staatlichen Gewaltakteure verfügen – je nach Einzelfall – über andere Strukturen, unterliegen anderen Regeln und folgen anderen Rationalitäten und Kalkülen.

Weniger diskutiert wurden bisher jedoch die Auswirkungen auf liberale Friedensstrategien. Wenn diese Art von Konflikten zunimmt oder sich weiter transformiert und aufspaltet, muss dies dann auch in liberaler Friedensstrategie reflektiert werden. Klassische liberale Instrumente wie Multilateralismus, Rüstungskontrolle und Verrechtlichung sind primär auf die Welt souveräner Nationalstaaten ausgerichtet und eignen sich nur bedingt, um entsprechende Konflikte mit Beteiligung nicht-staatlicher Akteure, die einen wesentlichen Teil der aktuellen Problemfälle ausmachen, einzuhegen. So verwischen auch die Grenzen zwischen (äußerem und/oder innerem) Krieg und Frieden, was etwa im Fall der momentan viel diskutierten „hybriden“ Kriegsführung sichtbar wird. Unabhängig davon, wie neu die dort verwendeten Taktiken denn tatsächlich sind, werfen sie doch die Frage auf, ob klassische völkerrechtliche Elemente auch hier effektiv zur Geltung kommen. Die internationale Gemeinschaft hat bereits einige Schritte unternommen, um das Völkerrecht auch an den Umgang mit nicht-staatlichen Akteuren anzupassen, etwa durch veränderte Sanktionsmechanismen gegen Individuen und nicht-staatliche Gruppen. Diese Versuche hinken allerdings naturgemäß der dynamischen Realität hinterher und haben mit besonderen Problemen der Interpretation und Durchsetzung gegenüber nicht-staatlichen Akteuren zu kämpfen. Heupel (2013 :254) stellt daher fest, dass „die Versuche, den kleinen Krieg zu verrechtlichen, generell als weniger wirksam eingeschätzt [werden], als die weiter zurückliegenden Versuche, den großen Krieg zu verrechtlichen“. Eine grundlegende Reform des Völkerrechts wirft allerdings wiederum neue Probleme auf, etwa indem es verstärkt repressive Maßnahmen gegen Individuen ohne entsprechenden wirksamen internationalen Rechtsschutz erlaubt (Schaller 2007). Es ginge also primär um das gezieltere und effektivere Nutzen vorhandener Instrumente wie der Rüstungskontrolle.

Probleme entstehen allerdings auch im Hinblick auf den staatlichen Umgang mit diesen Gewaltformen und -akteuren. Auf das trotz der abnehmenden Zahl und Intensität der Gewaltkonflikte verbreitete Gefühl wachsender Unsicherheiten in der modernen „Risikogesellschaft“

haben westliche Staaten mit einem erweiterten Angebot an Maßnahmen reagiert, das besonders auf möglichst frühzeitige Prävention und Intervention unter Zuhilfenahme moderner Technologien setzt (Rasmussen 2006). Dies zeigt sich etwa im Einsatz von Kampfdrohnen, Cyberabwehr oder Überwachungstechnologien, die von bestehenden internationalen Regelwerken und Kontrollmechanismen bisher nur bedingt erfasst werden. Der Schwerpunkt der internationalen akademischen Debatte hat sich allerdings von der friedenswissenschaftlichen Analyse dieser sich wandelnden Kriegs- und Gewaltphänomene zunehmend in das wachsende und dynamische Feld der (*Critical*) *Security Studies* verlagert, die sich eher mit Fragen des Risikomanagements im weiteren Sinne befassen (Barkawi 2011). Sie sollten aber auch im Hinblick auf ihre expliziten Implikationen für liberale Friedensstrategien kritisch durchdacht werden.

6.2 Die Veränderung globaler Machtstrukturen und Normen

Ein zweiter Komplex betrifft die Veränderung globaler Machtstrukturen und Normen. Dieser Trend zeigt sich besonders deutlich im – ebenfalls bereits viel diskutierten – Aufstieg neuer Regional- und Gestaltungsmächte, allen voran der BRICS-Staaten, die die Legitimität bestehender internationaler Normen und Institutionen wie sie unter Führung der USA seit dem Zweiten Weltkrieg geschaffen wurden verstärkt hinterfragen. Dies könnte sich zum einen in einer verschärften Diskussion über die globale Geltung liberaler Normen in einer immer bunteren Welt niederschlagen und zum anderen die Machtverteilung in und zwischen globalen Institutionen, die in vielen Fällen nach wie vor die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges bevorzugen, in Frage stellen (Hurrell 2007; Narlikar 2010; Ikenberry 2011). Friedenspolitisch zeigen sich entsprechende Konfliktlinien sehr plastisch etwa bei der unterschiedlichen Auslegung der internationalen Schutzverantwortung, bei der auch divergierende Vorstellungen des Verhältnisses von Staat und Individuum aufeinanderprallen. Die Diskussion um die demokratische Legitimation internationaler Institutionen und Normen als wesentlichem Eckpfeiler liberaler Friedensstrategien gestaltet sich in Anbetracht unterschiedlicher Hintergründe und veränderter Machtbeziehungen ebenfalls schwierig. Auch im Friedensbereich geht der Ausbau internationaler Normen und Institutionen also mit ihrer „Politisierung“ (Zürn/Ecker-Ehrhardt 2010) einher, die liberale Ideen nicht nur fördern, sondern auch zum Gegenstand öffentlicher Kritik und Kontestation machen kann.

Darüber hinaus präsentiert sich das bereits weiter oben angedeutete und nicht neue Problem universalistischer und imperialistischer Tendenzen liberaler Friedensstrategien in verschärfter Weise. Wenn westliche Akteure sich weiterhin zunehmend zum Eingreifen in globale Konflikte animiert sehen und nicht-westliche Akteure gleichzeitig an Handlungsmacht gewinnen, dann gerät die Prämisse der Übertragbarkeit der in der westlichen Zone des Friedens entwickelten Ideen auf andere Teile der Welt noch weiter unter Druck. Der *liberal peace* wie ihn westliche Staaten und

internationale Organisationen propagiert haben, geht davon aus, dass in der liberalen „Zone des Friedens“ bewährte Prinzipien wie Mehrheitsregel, individuelle Freiheit und freie Marktwirtschaft auch in aktuellen Konflikt- und Post-Konfliktkonstellationen den geeigneten Weg zu einem stabilen – auch innergesellschaftlichen – Frieden darstellen. Daraus entwickelte sich ein angeblicher politischer Konsens unter zentralen Akteuren, der den Glauben an universale liberale Prinzipien verband mit der eher konservativen Idee, dass diese im Notfall auch „von außen“ und „von oben“ implementiert werden müssten (Richmond 2005). Auch wenn die Konstruktion eines naiven liberalen Konsenses in Teilen einem akademischen Strohmann gleichkommt, lässt sich doch festhalten, dass konkrete Instrumente wie Demokratisierung oder Wirtschaftsreformen, die auch gegen Widerstände durchgesetzt werden müssten, Eingang in die Politik vieler westlicher Staaten gefunden haben. Diese Politiken kamen an so verschiedenen Orten wie Kambodscha, Ost-Timor, Bosnien-Herzegowina oder Afghanistan zum Einsatz.

Dies führte jedoch zu verbreiteter Kritik. In der inzwischen sehr breiten und weit verzweigten Debatte über den *liberal peace* scheitern westliche Ansätze aus Sicht ihrer Fundamentalkritiker nicht nur an noch herzustellenden staatlichen Kontextbedingungen. Sie sind vielmehr ein ethnozentristisches, unreflexives, hegemoniales und interessengetriebenes Projekt des Westens, das andere, nicht-westliche Alternativen ignoriert und bestenfalls oberflächlich Frieden schafft. Notwendig sei daher ein „post-liberal peace“, der in lokalen Kulturen und Strukturen verankert ist und die Bedürfnisse der Menschen „vor Ort“ in den Vordergrund stellt (Richmond 2011).

Demnach mangelt es nicht an der Errichtung effektiver und legitimer Staatsstrukturen (Barnett 2006; Paris 2006), sondern die Idee der einfachen Übertragbarkeit westlicher Staatsvorstellungen auf nicht-westliche Kontexte gilt als in sich falsch. Gerade die frühen Bemühungen zur Staatsbildung in Afghanistan werden hier als Beispiel für das Versagen und die Ungeeignetheit eines solchen Vorgehens sowie die daraus erwachsenden problematischen Konsequenzen, wie etwa das Entstehen neuer Abhängigkeitsstrukturen, angeführt (Kühn 2010). Die Kritiker sind dabei besonders gut in der – an sich schon verdienstvollen – Kritik vorhandener Ansätze und im Aufzeigen von Blindstellen, Widersprüchen und Konsequenzen. Die Ausarbeitung konkreter, alternativer Friedensstrategien jenseits des allgemeinen Verweises auf lokale Akteure und Traditionen ist bisher allerdings schwächer ausgeprägt, nicht zuletzt weil sie den kontextsensitiven, ergebnisoffenen Prinzipien des proklamierten „local turn“ zuwiderzulaufen droht (Richmond/Mac Ginty 2015: 184-85). Die zugegebenermaßen große Frage, mit welchen Mitteln und Instrumenten sich Frieden unter den Bedingungen sich verändernder globaler Machtstrukturen und Normen bei gleichzeitiger kultureller Heterogenität herstellen lässt und wie dabei der richtige Kompromiss zwischen Flexibilität und Standhaftigkeit aussieht, dürfte liberale Friedensstrategien in Zukunft also besonders beschäftigen.

6.3 Neue innergesellschaftliche Gewaltpotenziale in liberalen Demokratien

Eine dritte friedensrelevante Bruchstelle der Globalisierung besteht in möglichen neuen innergesellschaftlichen Gewaltpotenzialen in vermeintlich konsolidierten liberalen Demokratien. Die Forschung zu liberalen Friedensstrategien hat besonderes Augenmerk darauf gelegt, wie die Zone des zwischenstaatlichen Friedens vom Bereich der OECD-Welt auf Transformationsstaaten oder „fragile Staaten“ außerhalb dieses Bereiches ausgedehnt werden kann. Der innergesellschaftliche Frieden innerhalb westlicher Staaten wurde als nahezu selbstverständlich vorausgesetzt, sodass Politik sich hier auf die möglichst effiziente und rationale Bereitstellung anderer öffentlicher Güter konzentrieren konnte: „[d]ie Politikwissenschaft, so scheint es, hat die Gewalt, den Zwang, den Konflikt in die Geschichte abgeschoben oder aber in jene nicht-westlichen Regionen, die nur hoffen können, ihre Rückständigkeit durch Beteiligung an Global Governance noch aufzuholen“ (Schlichte 2012: 11).

Es gibt aber auch gute Gründe anzunehmen, dass die Frage, wie Frieden innerhalb konsolidierter Demokratien aufrechterhalten werden kann, ebenfalls von hoher, unter Globalisierungsbedingungen potenziell steigender Bedeutung ist. Die Handlungsfähigkeit demokratisch legitimierter Regierungen wird durch den Bedeutungsgewinn global agierender transnationaler Akteure und die Verlagerung von Entscheidungskompetenzen eingeschränkt und verschiebt sich in oftmals intransparente Bereiche, die sich einer effektiven parlamentarischen und gerichtlichen Kontrolle weitgehend entziehen. Dies schwächt die Kongruenz zwischen Regierenden und Regierten und könnte auch innerhalb scheinbar gefestigter moderner Demokratien zum Aufbrechen von Legitimitätskonflikten und zum Entstehen gesellschaftlichen Widerstandes und Protestes führen, die langfristig auch das Wiederaufflammen – stets latent vorhandener – Gewaltprozesse in diesen Regionen befördern könnten (Teusch/Kahl 2001; Schlichte 2012; Daase/Deitelhoff 2014).

Diese Frage stellt sich besonders im Zusammenspiel mit sozialen Verwerfungen und Spannungen wie sie etwa im Rahmen der europäischen Wirtschafts- und Finanzkrise oder der Debatte über Flüchtlinge und eine angebliche „Islamisierung“ Europas auftreten. Das manifeste Gewaltniveau dieser Konflikte bleibt – abgesehen von kurzzeitigen Unruhen wie in London und Stockholm – bisher überschaubar. Sie manifestieren sich vor allem in populistischen Protestbewegungen von rechts wie links. Die Politik reagiert darauf oftmals durch technokratische Versuche, gesellschaftliche Sicherheitsbedürfnisse durch symbolhafte Managementmaßnahmen oder eine Politik der „Alternativlosigkeit“ zu bedienen. Diese Phänomene schlagen sich wissenschaftlich in der Debatte über die „Post-Demokratie“ oder die „Krise der Demokratie“ nieder (Crouch 2011; Merkel 2015). In Anbetracht vermeintlicher Alternativlosigkeiten kann gesellschaftliche Politisierung durchaus gesellschaftlich produktiv und emanzipatorisch wirken. Eine weitergehende politische

Radikalisierung bis hin zu verstärkten Gewaltkonflikten ist in diesem Klima aber nicht auszuschließen.

Dies hängt auch von den staatlichen Reaktionen ab. Die Konsequenzen der ausgreifenden Sicherheitslogik im Kampf gegen den Terrorismus und andere mehr oder minder virulente Risiken und Unannehmlichkeiten wurden bisher vor allem in sozialwissenschaftlichen Debatten über den Wandel der Sicherheitspolitik erörtert (Daase et al. 2012; Huysmans 2014). Nicht zuletzt die Diskussionen über „gezielte Tötungen“ im Kampf gegen den Terrorismus oder die von Edward Snowden enthüllten Überwachungspraktiken westlicher Sicherheits- und Geheimdiensten haben die Frage der demokratischen und rechtsstaatlichen Kontrolle von Sicherheitsbehörden und -technologien verstärkt auf die Tagesordnung gesetzt. Auch wenn sich der gesellschaftliche Widerstand dagegen bisher in engen Grenzen hält, bergen diese Praktiken auch direkte Gefahren für Demokratie und Freiheit und können entsprechende Gegenreaktionen hervorrufen. Sie besitzen daher auch friedenspolitische Implikationen, die sich mit liberalen Instrumenten rechtsstaatlicher Kontrolle, demokratischer Repräsentation oder sozialpolitischer Umverteilung unter Umständen nur noch bedingt einhegen lassen. Insgesamt gilt es also sich daran zu erinnern, dass der innergesellschaftliche Frieden ein „immer erneut zu sicherndes Unternehmen mit brüchigen Stellen“ ist (Senghaas 1995: 205). Auch in Europa ist er im Angesicht widersprüchlicher Globalisierungsprozesse somit „nicht unter allen Bedingungen erschütterungsfest“ und bleibt „eine unabweisbare politische Aufgabe“ und „eine nicht endende Herausforderung“ (Senghaas 2012: 240).

7. Fazit

Am Anfang dieses Beitrages stand die Beobachtung, dass liberale Friedensstrategien sich vor dem Hintergrund eines durch diverse Krisen, Kriege und Konflikte gekennzeichneten Weltgeschehens sowie kontroverser Debatten über die Grenzen und Nebenwirkungen des liberalen Friedens in der Krise befinden. Dabei herrscht jedoch oftmals Unklarheit darüber, auf welche konkreten akademischen Verständnisse oder politischen Umsetzungen liberaler Friedensstrategien sich die einzelnen Debatten jeweils beziehen. Dieser Beitrag hat gezeigt, dass sich moderne liberale Friedensstrategien in verschiedene Spielarten ausdifferenziert haben, die zwar gewisse gemeinsame Ursprünge und Grundprinzipien teilen, vorhandene Interpretationsspielräume und Spannungsverhältnisse aber auf unterschiedliche Weise aufzulösen versucht haben. Jenseits einer klassischen Denkrichtung, die auf das liberale Gesamtpaket aus Demokratie, Interdependenz und internationalen Institutionen setzt, hat dieser Beitrag vier eher partikuläre Ansätze identifiziert, die bestimmte Elemente in den Vordergrund rücken und ergänzen. Eine erste wesentliche Erkenntnis dieses Beitrages lautet also, dass das Angebot an Spielarten liberaler Friedensstrategien (noch)

breiter ist als es oft dargestellt wird und eine Beschäftigung mit ihnen daher entsprechende Differenzierung und Explikation verlangt.

Trotz dieser diversen Adaptionen und Ausdifferenzierungen bleibt die Frage, ob die vorhandenen Ausformungen und die in ihnen enthaltenen Grundprinzipien adäquat sind, um auch Konflikte an den sich abzeichnenden Bruchstellen der Globalisierung abzufedern. Dieses Papier hat in einem ersten Schritt drei besonders relevante Bruchstellen der Globalisierung benannt, die liberale Friedensstrategien und die damit verbundenen Instrumente in besonderer Weise herausfordern: der Wandel von Krieg und Gewalt, die Veränderung globaler Machtstrukturen und Normen sowie neue innergesellschaftliche Gewalt- und Konfliktpotenziale in etablierten Demokratien. Ausgehend von der weiteren Analyse dieser Themenkomplexe gilt es festzustellen, ob und welche Alternativen und Anpassungen zu liberalen Friedensstrategien in ihren verschiedenen Formen ggf. erforderlich sind. Es bedarf also einer kritischen Analyse der vorhandenen Vielfalt liberaler Friedensstrategien durch die spezielle Brille widersprüchlicher Globalisierungsprozesse, die aktuelle sozialwissenschaftliche Diskussionen und Diskurse, etwa zu neuen Formen des Risikomanagements oder globalen Machtverschiebungen, aufnimmt.

Zum einen muss eine solche Forschung liberale Friedensstrategien im Kontext ihres dynamischen historischen, empirischen und theoretischen Kontextes betrachten und gleichzeitig ihre Vielfalt und Dynamik berücksichtigen. Zum anderen geht es darum, die inzwischen zunehmend verbreitete Erkenntnis, dass die Konsequenzen und Ambivalenzen liberaler Friedensstrategien „ein in der Dialektik der Aufklärung geschultes Forschungsprogramm“ (Geis/Wagner 2006: 285) erfordern, mit einer differenzierten Analyse der Dialektik der Globalisierung zu verbinden und in Beziehung zu setzen. Im nächsten Schritt müssten also die konkreten Mittel und Instrumente liberaler Friedensstrategien von Klassikern wie Demokratieförderung, wirtschaftlicher Integration und Multilateralismus bis zu speziellen, teilweise konkurrierenden Ansätzen wie umfassender wirtschaftlicher Liberalisierung oder Staatsbildung auf ihre Kongruenz mit den aus den Bruchstellen der Globalisierung erwachsenden Herausforderungen überprüft werden. Die Ergebnisse dieser Arbeit versprechen Aufschluss darüber, ob der Eindruck der Krise liberaler Friedensstrategien eine Momentaufnahme mit Lernpotenzial oder Dauerzustand mit Frustrationsgarantie ist.

Literatur

Barkawi, Tarak 2011: From War to Security. Security Studies, the Wider Agenda and the Fate of the Study of War, Millennium – Journal of International Studies, 39:3, 701-16.

Barkawi, Tarak/Laffey, Mark 1999: The Imperial Peace. Democracy, Force and Globalization, European Journal of International Relations, 5:4, 403-34.

Barnett, Michael N. 2006: Building a Republican Peace. Stabilizing States after War, International Security, 30:4, 87-112.

Brock, Lothar 2002: Was ist das „Mehr“ in der Rede, Friede sei mehr als Abwesenheit von Krieg?, in: Sahm, Astrid/Sapper, Manfred/Weichsel, Volker (Hrsg.): Die Zukunft des Friedens Band 1: Eine Bilanz der Friedens- und Konfliktforschung, Wiesbaden, 95-114.

Bussmann, Margit/Schneider, Gerald 2007: When Globalization Discontent Turns Violent. Foreign Economic Liberalization and Internal War, International Studies Quarterly, 51:1, 79-97.

Cortright, David 2008: Peace. A History of Movements and Ideas, Cambridge.

Crouch, Colin 2011: Postdemokratie. Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus, Berlin.

Czempiel, Ernst-Otto 1991: Weltpolitik im Umbruch. Das internationale System nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes, München.

Czempiel, Ernst-Otto 1994: Die Intervention. Politische Notwendigkeit und strategische Möglichkeiten, Politische Vierteljahresschrift, 35(3): 402-22.

Czempiel, Ernst-Otto 1996. Kants Theorem. Oder warum sind die Demokratien (noch immer) nicht friedlich?, Zeitschrift für internationale Beziehungen, 3:1, 79-101.

Czempiel, Ernst-Otto 1998: Friedensstrategien. Eine systematische Darstellung außenpolitischer Theorien von Machiavelli bis Madariaga, 2. aktualisierte und überarbeitete Auflage, Wiesbaden.

Czempiel, Ernst-Otto 2003: Weltpolitik im Umbruch. Die Pax Americana, der Terrorismus und die Zukunft der internationalen Beziehungen, 4. Auflage, Bonn.

Daase, Christopher/Deitelhoff, Nicole 2014: Zur Rekonstruktion globaler Herrschaft aus dem Widerstand, Internationale Dissidenz, Working Paper 1, Frankfurt.

Daase, Christopher/Offermann, Philipp/Rauer, Valentin (Hrsg.) 2012: Sicherheitskultur. Soziale und politische Praktiken der Gefahrenabwehr, Frankfurt/New York.

Desch, Michael C. 2007/2008: America's Liberal Illiberalism: The Ideological Origins of Overreaction in US Foreign Policy, International Security, 32:3, 7-43.

Deutsch, Karl W. et al. 1957: Political Community in the North-Atlantic Area. International Organization in the Light of Historical Experience, Princeton.

Doyle, Michael W. 1983: Kant, Liberal Legacies and Foreign Affairs, Philosophy & Public Affairs, 12:3, 205-35.

Doyle, Michael W. 1997: Ways of War and Peace. Realism, Liberalism and Socialism, New York/London.

Doyle, Michael W. 2000: A More Perfect Union? The Liberal Peace and the Challenge of Globalization, Review of International Studies, 26:5, 81-94.

Friedman, Rebekka/Oskanian, Kevork/ Pacheco Pardo, Ramon (Hrsg.) 2013: *After Liberalism? The Future of Liberalism in International Relations*, Basingstoke: Palgrave

Geis, Anna 2001: Diagnose: Doppelbefund – Ursache: ungeklärt? Die Kontroverse um den „demokratischen Frieden“, *Politische Vierteljahresschrift*, 42:2, 282-98.

Geis, Anna/Müller, Harald/Wagner, Wolfgang (Hrsg.) 2007: *Schattenseiten des demokratischen Friedens. Zur Kritik einer Theorie liberaler Außen- und Sicherheitspolitik*, Frankfurt/New York.

Geis, Anna/Wagner, Wolfgang 2006: Vom „demokratischen Frieden“ zur demokratiezentrierten Friedens- und Gewaltforschung, *Politische Vierteljahresschrift*, 47:2, 276-309.

Hasenclever, Andreas 2002: The Democratic Peace Meets International Institutions. Überlegungen zur internationalen Organisation des demokratischen Friedens, *Zeitschrift für internationale Beziehungen*, 9:1, 75-112.

Hegre, Håvard/ONeal, John R./Russett, Bruce 2010: Trade Does Promote Peace. New Simultaneous Estimates of the Reciprocal Effects of Trade and Conflict, *Journal of Peace Research*, 47:6, 763-74.

Heupel, Monika 2013: Von großen und kleinen Kriegen. in: Enzmann, Birgit (Hrsg.): *Handbuch politische Gewalt. Formen, Ursachen, Legitimation, Begrenzung*, Wiesbaden, 241-259.

Hurrell, Andrew 2007: *On Global Order. Power, Values and the Constitution of International Society*, Oxford.

Huysmans, Jef 2014: *Security Unbound. Enacting Democratic Limits*, London.

Ikenberry, G. John 2011: *Liberal Leviathan. The Origins, Crisis and Transformation of the American World Order*, Princeton.

Jaberg, Sabine 2011: Frieden als Zivilisierungsprojekt, in: Gießmann, Hans J./Rinke, Bernhard (Hrsg.): *Handbuch Frieden*, Wiesbaden, 86-99.

Jahn, Beate 2005: Kant, Mill and Illiberal Legacies in International Affairs, *International Organization*, 59: 1, 177-207.

Jung, Dietrich/Schlichte, Klaus/Siegelberg, Jens 2003: *Kriege in der Weltgesellschaft. Strukturgeschichtliche Erklärungen kriegerischer Gewalt (1945-2002)*, Wiesbaden.

Kaldor, Mary 2007: *Human Security. Reflections on Globalization and Intervention*, Cambridge.

Kant, Immanuel 1971 [1795]: *Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf*, Stuttgart.

Keohane, Robert/Nye Joseph (1977): *Power and Interdependence. World Politics in Transition*. Boston: Little, Brown & Co.

Krippendorff, Ekkehart 1985: *Staat und Krieg. Die historische Logik politischer Unvernunft*, Frankfurt.

Kühn, Florian 2010: *Sicherheit und Entwicklung in der Weltgesellschaft. Liberales Paradigma und Statebuilding in Afghanistan*, Wiesbaden.

Mansfield, Edward D./Snyder, Jack 2005: *Electing to Fight. Why Emerging Democracies Go to War*, Cambridge.

Merkel, Wolfgang (Hrsg.) (2015): *Demokratie und Krise. Zum schwierigen Verhältnis von Theorie und Empirie*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Moravcsik, Andrew 1997: Taking Preferences Seriously. A Liberal Theory of International Politics, *International Organization*, 51:4, 513-53.

Müller, Harald 2002: Antinomien des demokratischen Friedens, *Politische Vierteljahresschrift*, 43:1, 46-81.

Müller, Harald 2011: Demokratie, Gerechtigkeit und Frieden: Die guten Dinge gehen nicht immer zusammen, in: Baumgart-Ochse, Claudia/Schörnig, Niklas/Wisotzki, Simone/Wolff, Jonas (Hrsg.): Auf dem Weg zu Just Peace Governance. Beiträge zum Auftakt des neuen Forschungsprogramms der HSFK, Baden-Baden, 277-309.

Narlikar, Amrita 2010: *New Powers. How to Become One and How to Manage Them*, London.

Paris, Roland 2006: Bringing the Leviathan Back In. Classical Versus Contemporary Studies of the Liberal Peace, *International Studies Review*, 8:3, 425-40.

Pevehouse, John/Russett, Bruce 2006: Democratic International Organizations Promote Peace, *International Organization*, 60:4, 969-1000.

Richmond, Oliver P. 2011: *A Post-Liberal Peace*, London.

Richmond, Oliver P./MacGinty, Roger (2015) Where Now for the Critique of the Liberal Peace?, *Cooperation and Conflict*, 50:2, 171-89.

Rasmussen, Mikkel Vedby (2006) *The Risk Society at War: Terror, Technology and Strategy in the Twenty-First Century*, Cambridge.

Rosecrance, Richard 1986: *Der neue Handelsstaat. Herausforderungen für Politik und Wirtschaft*, Frankfurt.

Rosenau, James N. 1997: *Along the Domestic-Foreign Frontier. Exploring Governance in a Turbulent World*, Cambridge.

Rummel, Rudolph J. 1983: Libertarianism and International Violence, *Journal of Conflict Resolution*, 27:1, 27-71.

Russett, Bruce R. 1993: *Grasping the Democratic Peace. Principles for a Post-Cold War World*, Princeton.

Russett, Bruce R./Oneal, John M. 2001: *Triangulating Peace. Democracy, Interdependence and International Organizations*, New York/London.

Schaller, Christian 2007: *Humanitäres Völkerrecht und nichtstaatliche Gewaltakteure. Neue Regeln für asymmetrische bewaffnete Konflikte?* SWP-Studie, Berlin.

Schlichte, Klaus 2011: Der Streit der Legitimitäten. Der Konflikt als Grund einer historischen Soziologie des Politischen, *Zeitschrift für Friedens- und Konfliktforschung*, 1:1, 9-43.

Schlotter, Peter 2013: Freihandel, Globalisierung und Frieden, in: Armingeon, Klaus (Hrsg.): *Staatstätigkeiten, Parteien und Demokratie. Festschrift für Manfred G. Schmidt*, Wiesbaden, 597-611.

Schneckener, Ulrich 2006: *Transnationaler Terrorismus. Charakter und Hintergründe des „neuen“ Terrorismus*, Frankfurt.

Schneider, Gerald 2014: Peace through Globalization and Capitalism? Prospects of Two Liberal Propositions, *Journal of Peace Research*, 51:2, 173-183.

Schneider, Gerald/Gledditsch, Nils Petter 2010: The Capitalist Peace: The Origins and Prospects of a Liberal Idea, *International Interactions*, 36:2, 107-114.

Senghaas, Dieter 1995: Frieden als Zivilisierungsprojekt, in: Senghaas, Dieter (Hrsg.): *Den Frieden denken*, Frankfurt, 196-223.

Senghaas, Dieter 2012: *Weltordnung in einer zerklüfteten Welt*, Frankfurt.

Teusch, Ulrich/Kahl, Martin 2001: Ein Theorem mit Verfallsdatum? Der „demokratische Frieden“ im Kontext der Globalisierung, *Zeitschrift für internationale Beziehungen*, 8:2, 287-320.

Zangl, Bernhard/Zürn, Michael 2003: *Frieden und Krieg. Sicherheit in der nationalen und postnationalen Konstellation*, Frankfurt.

Zürn, Michael/Ecker-Ehrhardt, Matthias (Hrsg.) 2013: *Die Politisierung der Weltpolitik. Umkämpfte internationale Institutionen*, Berlin.